

AFC

AFC Risk & Crisis Consult

KRISEN-NEWSLETTER*Risiken vorbeugen. Krisen bewältigen.
Kommunikation ermöglichen.***Sehr geehrte Damen und Herren,**

die Rückrufzahlen in Deutschland und Europa steigen weiter, die epidemische und politische Lage sowie neue rechtliche Vorgaben stellen die Lebensmittelunternehmen vor einen Berg an Herausforderungen. Gründe genug, um sich mal wieder in der Branche auszutauschen – dazu verweisen wir insbesondere auf den [Food Safety Kongress](#) im Mai und auf die [QS-Leiter Tagung](#) im Juni. Wir werden dort sein.

Um die oben genannten Herausforderungen an das Risiko- und Krisenmanagement genauer quantifizieren und qualifizieren zu können, führen wir gerade mit der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) unsere gemeinsame **Studie** durch. Das **Lieferkettengesetz** ist in diesem Jahr das Schwerpunktthema. **Bitte nehmen Sie teil!** Das Ausfüllen des [Online-Fragebogens](#) dauert nur wenige Minuten. Die Ergebnisse erhalten Sie dann mit dem nächsten Newsletter.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen und danken Ihnen für Ihre Unterstützung bei unserer Umfrage! Gerne stehen wir Ihnen bei der Bewältigung Ihrer Herausforderungen zur Seite!

Ihr Team der AFC Risk & Crisis Consult

TOP-THEMEN

Foodwatch nimmt mit Mineralöl verunreinigte Produkte aus den Regalen



Im Jahr 2021 analysierten zwei Labore im Auftrag von foodwatch 152 Lebensmittel aus verschiedenen europäischen Ländern auf Verunreinigungen mit Mineralöl. Jedes achte Produkt sei mit MOAH belastet (Mineral Oil Aromatic Hydrocarbons), schreibt die [Verbraucherschutzorganisation](#) und berichtet, dass viele Unternehmen seit der Veröffentlichung der Laborergebnisse reagiert hätten. Allerdings würden die betroffenen Unternehmen sich selbst nicht in der Verantwortung sehen. In der Antwort auf die Laborergebnisse eines international agierenden Unternehmens heiße es, dass die Produkte nach Analysen, die das Unternehmen beauftragt hatte, für den Konsum sicher seien und den Vorschriften entsprechen würden. Laut foodwatch wolle diese Unternehmen die Produkte nicht vom Markt nehmen,

was unseriös sei und zeige, dass einem der größten Lebensmittelhersteller nicht zu trauen sei.

In einem weiteren [Artikel](#) verweist foodwatch erneut auf die vermeintliche Untätigkeit des Unternehmens, dessen Saucen und Brühwürfel einen erhöhten Gehalt an MOAH aufgewiesen haben sollen. Allerdings stehen in dieser Veröffentlichung auch deutsche Behörden in der Kritik, denn in Frankreich habe die zuständige Behörde einen Rückruf der betroffenen Produkte bereits veranlasst. In Deutschland fehle dieser Rückruf. Deshalb griff foodwatch selbst in die Regale und entfernte die betroffenen Produkte. Laut eigener Aussage wolle foodwatch damit Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und der Forderung nach einem sofortigen öffentlichen Rückruf Nachdruck zu verleihen. Darüber hinaus fordert foodwatch eine EU-weite Null-Toleranz-Grenze für MOAH und startete eine Petition.

Im Februar kam die Sektion "[Novel Food and Toxicological Safety of the Food Chain](#)" des PAFF Komitees zusammen, um erneut über die Erkenntnisse von MOAH-Gehalten in Lebensmitteln zu diskutieren. Ende 2022 wird eine Risikobewertung durch die EFSA der MOHs (Mineral Oil Hydrocarbons) erwartet.

Europäisch bedingte Entwaldung



Anfang des Jahres stellte der WWF seinen neuen [Report "Mehr als Wald"](#) vor, in dem die Dimensionen von „Schlupflöchern“ der vorgeschlagenen EU-Verordnung zur Beendigung der EU-bedingten Naturumwandlung offengelegt werden. Der WWF kritisiert, dass der Entwurf der Verordnung sich dabei nur auf die Vermeidung der Zerstörung von Wäldern beziehe und erst zwei Jahre nach dem erwarteten Inkrafttreten der Gesetzgebung 2024 vorsieht den Geltungsbereich zu bewerten und zu überarbeiten. Erst dann könnten andere

Ökosysteme, wie Savannen und Feuchtgebiete, mit einbezogen werden, so der WWF. Ohne Aufnahme anderer wertvoller Ökosysteme würde die erhoffte Wirkung der Gesetzgebung für den Klima- und Artenschutz unterlaufen.

Die [taz](#) schreibt, dass eine entwaldungsfreie Lieferkette erst dann entstehen könne, wenn nicht „tonnenweise“ Soja in deutschen Mastanlagen verfüttert würden. Die Waldzerstörung sei der drittgrößte CO₂-Emittent weltweit. Gleichzeitig sei in Deutschland die Landwirtschaft für 13 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Wer den Klimaschutz voranbringen wolle, müsse die Landwirtschaft verändern, so die taz.

Dass die EU-bedingte Entwaldung ein gefragtes Thema ist, verdeutlicht ein weiterer vom WWF im März vorgestellte [Report](#). In einer [Pressemitteilung](#) schreibt der WWF, dass die Menschen in Europa und Großbritannien mit ihren Ernährungsgewohnheiten artenreiche Ökosysteme in Südamerika zerstören würden. Aus „Mapping the European Soy Supply Chain“ geht hervor, dass dies vor allem bedingt durch den jährlichen Sojaverzehr von schätzungsweise 61 kg pro Kopf sei. 55 kg davon seien als Futtermittel für tierische Produkte verbraucht worden. In diesem Zusammenhang geht der WWF erneut auf die geplante Gesetzgebung ein, die die Entwaldung für in die EU-importierte und innerhalb der EU gehandelte Waren stoppen soll. Der WWF appelliert an Bundesumweltministerin Steffi Lemke, sich für ein Gesetz einzusetzen, das alle Ökosysteme von Anfang an mit einbeziehe.

Ebenso stellte die [Deutsche Umwelthilfe](#) (DUH) zusammen mit Harvest und Rainforest Foundation Norway einen Bericht zum Anstieg der Waldzerstörung in Sojaanbaugebieten im brasilianischen Cerrado vor. Trotz Selbstverpflichtungen zum Waldschutz von sechs großen Sojahändlern sei die Entwaldung in 25 stark gefährdeten Gebieten der bewaldeten Savanne um 61 Prozent gestiegen. Die Maßnahmen im Gesetzgebungsentwurf für mehr Transparenz in den Lieferketten würden jedoch unter massivem Druck durch die europäische Soja- und Futtermittellobby stehen, so die NGO.

Entwurf des „europäischen Lieferkettengesetzes“ vorgestellt

Die EU-Kommission hat den Entwurf der Richtlinie „[Corporate Sustainability Due Diligence](#)“ veröffentlicht. Für viele Nichtregierungsorganisationen bestehen in dem Entwurf zu viele Schlupflöcher und einige werfen der EU-Kommission vor dem Druck der Wirtschaftslobby nachgegeben zu haben. So meint die [Deutsche Umwelthilfe](#) (DUH), dass die Umweltsorgfaltspflichten zwar weitreichender sind als im deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, aber es würden Sanktionen bei Nicht-Einhaltung des vorgesehenen Klimaschutzplans fehlen. Der Entwurf sei zu schwach und trage den Fingerabdruck der regressiven Wirtschaftslobby, so [Oxfam](#).

Für die [Initiative Lieferkettengesetz](#) sind außerdem nicht genügend Unternehmen von der geplanten Richtlinie betroffen. Laut der NGO seien durch den Entwurf weniger als 1 Prozent der Unternehmen in der EU betroffen. Das Gesetz solle ab einer Unternehmensgröße von 500 Beschäftigten und einem Nettoumsatz von mindestens 150 Mio. EUR weltweit greifen. Für EU-Unternehmen, die in ressourcenintensiven Branchen tätig sind, sollen die Regelungen bereits ab einer Größe von 250 Beschäftigten und einem Nettoumsatz von mindestens 40 Mio. EUR weltweit gelten.

[Germanwatch](#) bewertet die Einbeziehung der zivilrechtlichen Haftung für Unternehmen in die Richtlinie positiv. Die NGO bemängelt aber unter anderem den vorgesehenen Umgang mit der Beweislastregelung. Laut Germanwatch sollen die Mitgliedsstaaten für die Beweislastregelung verantwortlich sein, so würden aber keine gleichen Bedingungen für ganz Europa geschaffen werden.

ÜBER DEN TELLERRAND HINAUS

Folgen des Ukrainekriegs für Ernährungs- und Lebensmittelbranche



Angesichts des Kriegs in der Ukraine wird deutlich, dass es bei wichtigen Agrarrohstoffen, wie Getreide, zu Lieferengpässen kommen wird und die Preise stark ansteigen. Dies geht aus diversen Meldungen verschiedener Medien hervor. So schrieb die [Lebensmittelzeitung](#) Anfang März, dass die Lage in der Ukraine zu neuen Höchstpreisen bei Rohstoffen führe. Der Preis für Weizen habe sich seit dem Angriff verdoppelt und deshalb fordere die Geflügelwirtschaft, die Verwendung von Getreide für die Kraftstoffproduktion auszusetzen.

Gleichzeitig berichtete die [Süddeutsche Zeitung](#) (SZ) über die Sorge verschiedener Hilfsorganisationen und Verbänden, die vor den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine für die Lebensmittelproduktion warnen würden. Während die EU steigende Kosten erwarte, könnten die Folgen für südlichere Länder schwerwiegender sein. Die SZ führt an, dass mehr als die Hälfte der Nahrungsmittel, die das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) in Krisenregionen verteile, eigenen Angaben zufolge, aus der Ukraine stamme. Auch auf politischer Ebene sei eine Debatte um die EU-Agrarpolitik aufgrund der erwarteten Anspannungen auf den Lebensmittelmärkten entfacht, berichtete die SZ. Im Mittelpunkt der Debatte stehe dabei die Frage, ob angesichts drohender Knappheiten und Preisanstiege der Faktor Nachhaltigkeit zugunsten der Versorgungssicherheit in den Hintergrund treten müsse.

Viele NGOs und Wissenschaftler*innen positionieren sich pro Nachhaltigkeit. Die [Deutsche Umwelthilfe](#) forderte die Bundesregierung auf, angesichts der sich abzeichnenden globalen Nahrungsmittelkrise, das „Verbrennen von Lebensmitteln“ für Agrokraftstoff zu stoppen. Dies sei kurzfristig eine der

wirksamsten Stellschrauben.

Der [WWF](#) appellierte an die EU-Agrarminister*innen sich nicht von den Nachhaltigkeitszielen abzuwenden, denn bereits die Klima- und Biodiversitätskrise würden existenzbedrohende Herausforderungen bringen. Nur eine europäische Agrarpolitik, die die Biodiversitäts- und Klimakrise wirksam angehe, mache das Ernährungssystem dauerhaft krisenfest. Auch der WWF gibt zu bedenken, dass ein Großteil der Getreideproduktion in Deutschland als Futtermittel verwendet werden würde und das mit dem Verzicht auf Agrokraftstoffe viel Anbaufläche frei werden würde.

Laut dem [Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung](#) haben mehr als 400 Forscher aus verschiedenen Ländern eine [Erklärung](#) unterzeichnet, in der sie appellieren sich nicht von einer nachhaltigen Landwirtschaft zugunsten einer gesteigerten Getreideproduktion abzuwenden.

VERANSTALTUNGEN

18. Mai 2022
in Berlin

14. Food Safety Kongress

Vortrag, Dr. Michael Lendle: *Food Value Chain: Globalisierung, Nachhaltigkeit, Standards, Transparenz*

[Mehr...](#)

22. Juni 2022
in Düsseldorf

13. Akademie Fresenius-Praktikertreffen "QS-Leiter Tagung"

Vortrag, Dr. Michael Lendle: *Globale Lieferketten – Risiken und Nebenwirkungen für die Qualitätssicherung?!*

[Mehr...](#)

28. Juni 2022
in Düsseldorf

14. Akademie Fresenius "Produktionsleiter-Tagung"

Vortrag, Anselm Elles: *Herausforderungen an das Business Continuity Management in pandemischen Zeiten: Was lehrt uns Corona?*

[Mehr...](#)

ALLE TERMINE ANSEHEN

RÜCKRUF

Zusammenfassung: Rückrufe in Deutschland (01.01. bis 31.03.2022)

Im ersten Quartal des Jahres wurden insgesamt 69 Lebensmittelwarnungen veröffentlicht. Im Jahr zuvor waren es im gleichen Zeitraum 43 Lebensmittelwarnungen und 2020 gab es nochmals weniger Warnungen (34). Betroffen waren vor allem die Produktgruppen andere Lebensmittel (11), Nüsse, Nusserzeugnisse und Knabberwaren (10), Getreide und Backwaren (7), sowie Fertiggerichte (6). Ursachen der Warnungen waren am häufigsten Grenzwertüberschreitungen und mikrobiologische Kontaminationen.

Warnmeldungen in Europa

Anzahl Food/Feed-Marktentnahmen in
Europa in 2022

3 2 4

Anzahl Non-Food-Rückrufe
in Europa in 2021

7 5 3

MANAGING YOUR SUCCESS SINCE 1973



AFC RISK & CRISIS CONSULT GMBH

Dottendorfer Straße 82 • 53129 Bonn
Telefon: +49 228 98579-0 • info@afc-rcc.de

Sitz der Gesellschaft: Bonn,
eingetragen: AG Bonn HRB 16784
Geschäftsführer: Dr. Michael Lendle,
Anselm Elles, Prof. Dr. Otto A. Strecker

TIME FOR A CHANGE

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr zugestellt haben möchten, klicken Sie bitte [hier](#).

[Impressum](#) | [Datenschutz](#)